

**Motion Natalie Imboden (GB) vom 25. August 2005: Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel - Beteiligungsstrategie überdenken; 2. Fristverlängerung**

In der Stadtratssitzung vom 4. Mai 2006 wurde folgende Motion Natalie Imboden (GB) erheblich erklärt:

In der Gemeindeordnung, welche von der Stimmbevölkerung mit grossem Mehr gutgeheissen wurde steht: [Die Stadt] unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung und strebt an, umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger wie die Atomenergie durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. (Art. 8 Abs. 3 GO).

Das ebenfalls durch die Stimmbevölkerung verabschiedete Reglement legt weiter fest: Energie Wasser Bern setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an Atomkraftwerken für eine Auflösung bestehender vertraglicher Verpflichtungen zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe auf den vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt ein (Art. 6 Abs. 4 ewr).

Diesen klaren Auftrag haben ewb und Gemeinderat bisher nicht erfüllt. Ein Umstieg aus fossilen, nicht erneuerbaren Energien und aus der Atomenergie hin zu einer umweltfreundlichen Energiepolitik ist nicht allein durch das ewb zu bewerkstelligen. Stadt und ewb haben jedoch einen Volksauftrag, alles nur Erdenkliche zu tun, damit dieser Prozess beschleunigt wird. Heute sieht die Beteiligung von ewb an Atomkraftwerken wie folgt aus:

Gösgen: Betriebsaufnahme 1979 (26 Betriebsjahre) → EWB-AK-Anteil: 7.5%; Bezugsanteil an Gesamtstromerzeugung des EWB: 33%. VR-Mitglieder: Hayoz und Kramer

Fessenheim: Betriebsaufnahme 1977 (28 Betriebsjahre) → EWB-AK-Anteil: 2.0% (Unterbeteiligung); Bezugsanteil an Gesamtstromumsatz des EWB: 7.5%.

Fazit: ewb deckt 40 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie ab! Hier ist ein Umdenken nötig.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, gemäss Art. 8 GO und Art. 6 EWR dem Stadtrat eine Prognose über den zukünftigen Energiebedarf und ein Ausstiegskonzept für seine Abdeckung aus Atomstrom vorzulegen. Dabei sind verschiedene zeitliche Szenarien zu erarbeiten.

Bern, 25. August 2005

*Motion Natalie Imboden (GB), Urs Frieden, Catherine Weber, Martina Dvoracek, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Myriam Duc, Simon Röthlisberger, Franziska Schnyder, Hasim Sancar*

**Bericht des Gemeinderats**

Dem Gemeinderat wurde nebst der Motion Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel - Beteiligungsstrategie überdenken auch das Postulat Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Ausstieg aus Fessenheim: Unterstützung des trinationalen Atom-Schutzverbands, überwiesen. Zur Beantwortung beider Vorstösse müssen aus Sicht des Gemeinde-

rats verschiedene pendente Arbeiten im Zusammenhang mit der Eignerstrategie abgewartet werden.

Nachdem sich der Gemeinderat gegen einen Verkauf von ewb entschieden hat, wurden mehrere Folgeprojekte ausgelöst. Unter anderem sollen das interne fachliche Know-how ausgebaut, die Eignerstrategie überarbeitet sowie im Anschluss entsprechende Messgrössen und Kennzahlen als Quantifizierung der konkreten Erwartungen seitens der Eigentümerin erarbeitet werden. Entsprechend muss die Eignerstrategie anschliessend in die Unternehmensstrategie überführt und konkretisiert werden.

Mit SRB 317 vom 29. Mai 2008 hat der Stadtrat einer ersten Fristverlängerung bis Ende März 2009 zugestimmt. Die Finalisierung der Eignerstrategie hat sich aufgrund der angestrebten kooperativen Zusammenarbeit mit ewb verzögert, steht jedoch kurz vor der Verabschiedung durch den Gemeinderat.

Der Gemeinderat wird die neue Eignerstrategie bis Ende Juni 2009 verabschieden und anschliessend dem Stadtrat den entsprechenden Bericht zur Motion Natalie Imboden (GB) gemeinsam mit dem Postulat Natalie Imboden (GB) bis Ende August 2009 vorlegen.

*Folgen für das Personal und die Finanzen*

Keine.

### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Natalie Imboden (GB) vom 25. August 2005: Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel - Beteiligungsstrategie überdenken; 2. Fristverlängerung.
2. Er verlängert die Frist zur Erfüllung der Motion bis Ende August 2009.

Bern, 25. März 2009

Der Gemeinderat